



# Bürgerinitiative gegen den Bau des „Kraftwerkes RMI“

Bürgerinitiative gegen den Bau des "Regionalkraftwerkes Mittlerer Inn"

# Zusammenfassung der Fakten



- **Was wollen wir??**

**Unsere Probleme definieren und formulieren:**

*Die Grundwasserproblematik und die Auswirkungen auf die Grundwassersituation*

*Geschiebespülung und Geschiebeablagerung die Auswirkungen auf die Hochwassergefährdung*

*Wehrbetriebsordnung und Überflutung des Hinterlandes*

*Grundbedarf und die möglichen Zwangsmaßnahmen*

*Zusätzliche Verkehrslast*

*Verfahrensmängel (zbsp. mangelnde Information der Bevölkerung) und Steuergeldverschwendungen*

Überlegung anstellen  
wie wir unsere Position verbessern können!!

Einzelkämpfer

?????

Alternative dazu wäre eine Bürgerinitiative gründen!!!  
Weil 100 Augen mehr sehen als zwei  
weil 100 Gehirnen mehr einfällt als einem  
weil 100 Menschen mehr kennen als einer  
usw. usw.

# **Und um eine Bürgerinitiative zu gründen, müssen wir uns bewegen**

**Und die dafür notwendigen Schritte, gemeinsam gehen**

**Auch müssen wir wissen, dass das kein Spaziergang wird**

**Auch müssen wir wissen, dass es Meinungsverschiedenheiten  
geben wird, wir jedoch unser Ziel erreichen müssen!**

**Und deshalb sollten wir analysieren!!!!**



# ● Was wissen wir??

Am 31.3.2014 wurde, von den Mitarbeiter der IKB, die Unterlagen der Behörde übergeben, und damit begonnen.



***Unsere Probleme deswegen - muss uns dazu bringen - den Widerstand aufrecht zu erhalten***

**Wir, unser BÜRGERINITIATIVE.....**

**wird wahrscheinlich - den nicht Bau verhindern**

**Aber wir können mit unserem Widerstand**

**diejenigen aufwecken,**

**die diesen Wahnsinn**

**verhindern können.**

**Und das ist die POLITIK**

# Ablauf eines UVP Verfahren:

1. Einreichung der Unterlagen
2. Prüfung auf Vollständigkeit durch die Behörde mit Hilfe ihrer Sachverständigen
3. Feststellung der Öffentlich- oder nicht Öffentlichkeit des Verfahrens
4. Auflage zur Einsicht in die Unterlagen für **JEDERMANN**
5. Konstituieren der Bürgerinitiative(n)
6. Eine mündliche Verhandlung ist an dem Ort abzuhalten ist, der der Sachlage nach am zweckmäßigsten erscheint.
7. Entscheidungsfindung und Bescheid Erstellung (1. Instanz)
8. Beschwerde und Einspruchsfrist
9. Endgültige Entscheidungsfindung und Bescheid Erstellung (2 + .... Instanz)

1. Einreichung der Unterlagen
2. Prüfung auf Vollständigkeit durch die Sachverständigen und der Behörde

Derzeit wird von der UVP Behörde  
Fr. Dr. Somavilla und Fr. Dr. Kircher  
die Unterlagen auf Vollständigkeit geprüft

Dafür werden den Sachverständigen (amtliche und nicht amtliche), die Unterlagen übermittelt, und die stellen die Vollständigkeit bzw. die fehlenden Unterlagen und Informationen fest.

Dauer unbekannt.  
(kann von einigen Wochen bis Jahre dauern)

### 3. Feststellung des geschlossen oder offenen Ablauf des Verfahrens

Davon hängt die Einladung zur mündliche Verhandlung usw. ab

geschlossen Verfahren < 100 Beteiligte, dann persönlich

offenes Verfahren >100 Beteiligte, per Inserat in 2 Tageszeitungen

### 4. Auflage zur Einsicht in die Unterlagen für JEDERMANN....

Wird vermutlich in der Gemeinde Telfs stattfinden, da dort die Infrastruktur vorhanden ist.

Dauer 6 Wochen.

Dort „dürfen“ wir, bzw. jeder, sich die 38 Ordner mit 7.500 Seiten und 300 Pläne umfassende Umweltverträglichkeitserklärung (UVE) einsehen, Kopien anfertigen und dann eine Stellungnahme und eine Einwendung erstellen

## 5. Konstituieren der Bürgerinitiative(n)

Nach dem wir eine Stellungnahme (Kurzversion der Einwendung) formuliert haben, müssen wir mindestens 200 Unterstützerunterschriften sammeln, von Menschen die in der Standortgemeinde oder in einer an diese unmittelbar angrenzenden Gemeinde für Gemeinderatswahlen wahlberechtigt sind.

Weiters müssen wir eine Einwendung (Lang Version der Stellungnahme) erstellen und einreichen

**Das alles innerhalb dieser 6 Wochen Auflagefrist.**

Das bedeutet viel Arbeit in dieser Zeit.

# **Der weitere Verfahrensverlauf könnte für uns in etwa so aussehen**

- Nachdem die Bekanntgabe des Auflageortes erfolgt ist, soll das „Lese Team“ sich ab der „ersten Stunde“ bereits die Ordner usw. vornehmen,
  - die relevanten Punkte, Fakten, usw. - raussuchen, kopieren.....
  - Daraus muss dann die Einwendung verfasst werden,
  - Diese von den uns unterstützenden Fachleuten (SV + RA) prüfen lassen,
  - Danach die Stellungnahme formulieren,
  - Damit mind. 200 Unterstützerunterschriften sammeln (besser mehr...)
  - Und alles rechtzeitig innerhalb der 6 Wochenfrist einreichen, und hoffen dass wir nicht mangels Formfehler usw. rausfliegen.

**Zu den uns Unterstützenden Fachleuten  
Sachverständige, Rechtsanwälte und deren Finanzierung dürfen wir mit  
der Unterstützung vom BIV rechnen!**

**BIV ist ein Verein  
der Bürgerinitiativen finanziell  
unterstützt**

Dieser Verein finanziert  
ca. 80 % der Kosten.

Den Rest müssen wir  
selber auftreiben

Befürchte das wir  
ca. 3.000 € dafür  
benötigen werden

# Grundsatzentscheidung zur finanziellen Unterstützung

**Von:** Charlotte Ullah [<mailto:charlotte.ullah@gruene.at>]

**Gesendet:** Donnerstag, 24. April 2014 16:02

**An:** 'Josef Jenewein'

**Cc:** 'Mag Christoph Walder'; 'Joachim Fuchs'; 'Uschi Schwarzl'; 'Georg Willi'; 'Lukas Hammer'

**Betreff:** Auszug aus dem Protokoll der BIV-Sitzung vom 23. April 2014

Sehr geehrter Herr Jenewein,  
nachstehend im Auftrag von Frau Dr Marlies Meyer der Auszug aus dem Protokoll der BIV-Sitzung vom 23. April 2014 zur Information.  
Mit besten Grüßen  
Charlotte Ullah

## 389/2014 Regionalkraftwerk Mittlerer Inn

Die BI gegen das Kraftwerk Mittlerer Inn ersucht um eine Grundsatzentscheidung zur finanziellen Unterstützung der Mitwirkung am UVP-Verfahren zum RMI. Das Projekt der Innsbrucker Kommunalbetriebe AG wurde Ende März 2014 samt UVE eingereicht. Es handelt sich um ein Laufkraftwerk in einer Länge von 3 km mit einer Leistung von 21,2 MW, ca 25 km westlich von Innsbruck.

Das Projekt hätte massive Auswirkungen auf die Grundwasserströme von Hang- und Flusswässer, die sich nachteilig auf die Wohn- und Bewirtschaftungsflächen der Initiativenmitglieder auswirken könnten. Sie stehen für eine vertragliche Grundstücksübertragung zur Verwirklichung des Projekts nicht zur Verfügung. Der WWF (Flüsse voller Leben), merkt an dass die geplante Wehranlage mit ca 20 m in den Boden reichenden Abdichtungen (Höhe 4,5 m über Bestand) dazu führen würde, dass die Hangwässer nicht mehr in den Fluss fließen könnten und es zu einem Grundwasserstau käme.

Das Projekt würde die längste verbliebene freie Fließstrecke des Inn von rund 120 km in der Mitte zerschneiden und das Naturschutzgebiet Gaissau beeinträchtigen. Das sehr kostenintensive Revitalisierungsprogramm „der.inn-lebendig und sicher“ von BMLFUW, Land Tirol und WWF (zB Wiedergewinnung von Laichplätzen für die Fische und Wiederherstellung von Auf-Flächen, gezielter Besatz mit heimischen Ufeforellen, Äschen, Nasen und Huchen) würde damit ad absurdum geführt. Zudem erachten die Innsbrucker Grünen das Projekt als unwirtschaftlich. Die Abdichtungsproblematik sei nicht in den Griff zu bekommen und führe zu zu hohen Kosten.

## Beschluss:

Der BIV **unterstützt** das ökologische Anliegen der Bürgerinitiative (Erhalt der freien Fließgewässerstrecke, Hintanhaltung der Grundwasserprobleme). Die Höhe der finanziellen Unterstützung wird – in Orientierung an ähnliche Unterstützungsfälle in der Vergangenheit – nach Vorlage einer Kostenschätzung (RA- und SV-Kosten) und näheren Details zur Bürgerinitiative und den geplanten Schritten festgelegt.

\*\*\*\*\*

Charlotte Ullah  
Grüner Klub im Parlament  
1017 Wien  
Tel +43-1-40110-6699  
Fax +43-1-40110-6882  
[charlotte.ullah@gruene.at](mailto:charlotte.ullah@gruene.at)  
[www.gruene.at](http://www.gruene.at)

## 6. Die mündliche Verhandlung wird an dem Ort abzuhalten sein, der der Sachlage nach am zweckmäßigsten erscheint.

- Da weiß noch niemand wo diese stattfindet.
- Auch weiß niemand wann diese stattfindet.
- Nach Erzählung von der GKI Initiative (...**DEM INN EINE STIMME**), ist das eine Showvorstellung, aber der einzige Zeitpunkt um Fragen zustellen, die Diskussionen zu forcieren, usw.
- Ziel muss es sein, der Verhandlungsführung aufzuzeigen, dass es in der Bevölkerung massiven Widerstand gibt, und das wir die Argumente der IKB und ihren SV in Frage stellen,
- und das alles auf gleicher fachlicher Ebene!!!!

7. Entscheidungsfindung und Bescheid Erstellung (1. Instanz)

8. Beschwerde und Einspruchsfrist

9. Endgültige Entscheidungsfindung und Bescheid Erstellung  
(2 + .... Instanz)

# Was können / müssen wir tun?

1. Eine Bürgerinitiative entstehen lassen
2. Menschen erreichen und motivieren, die aktiv mitarbeiten wollen
3. Menschen erreichen und motivieren, die diese Bürgerinitiative unterstützen wollen
4. Kontakte zu Berater (Sachverständige, Rechtsanwälte usw.) knüpfen und sammeln
5. Systemaufbau um die (auch plötzlich) anfallenden Aufgaben, zeitgerecht zu erledigen
6. Informationssystem erstellen um alle Interessierten zu informieren
7. Ideen sammeln, die uns stärken und weiterhelfen könnten
8. Weitere regelmäßigen und unregelmäßigen Treffen durchführen
9. Uns darauf einstellen, dass wir mehrere Jahre durchhalten werden müssen

# Erfahrungen der Bürgerinitiative GKI ...dem Inn eine Stimme...

- Ihre Einwendungen wurde überwiegen statt gegeben, jedoch wurde eine Ausnahmegenehmigung gefunden, die diesen Erfolg zunichte machte.
  - Bei der öffentlichen mündlichen Verhandlung, stellte sie massive Verfahrensfehler fest, die sie mangels Unterstützung durch Rechtsanwälte nicht nutzen konnten.
  - Auch die Gruppierungen (Gemeinden, Wassergenossenschaften, Tourismusverbände..) die durch Rechtsanwälte gut vertreten waren, hatten auch keine besseren Erfolge.
  - Die meisten Einwendungen anderer betroffener, wurden wegen mangelnder Qualität (...nicht auf gleicher fachlicher Ebene...) der Gegenäußerungen, nicht berücksichtig.

**Jedoch sind Einwendungen die auf fachlicher Ebene gestalten  
worden sind und entsprechendes Lobbying,  
sehr wohl zielführend,  
und dafür haben wir uns folgende Strategie angedacht:**

1. Die Einwendung bzw. Stellungnahme werden wir auf wenige Punkte beschränken
2. Der Grund dafür liegt in unserem Verfahrenswissen, das sehr beschränkt ist...
3. Wenn wir nur unsere Probleme behandeln, können wir mitreden, weil wir sie verstehen

## **Lobbying wir auf „Wikipedia“ so beschrieben:**

Lobbyismus ist eine aus dem Englischen übernommene Bezeichnung (Lobbying) für eine Form der Interessenvertretung in Politik und Gesellschaft.

Mittels Lobbyismus versuchen Interessengruppen (Lobbys), vor allem durch die Pflege persönlicher Verbindungen die Exekutive und die Legislative zu beeinflussen.

Außerdem wirken sie auf die öffentliche Meinung durch Öffentlichkeitsarbeit ein. Dies geschieht vor allem mittels der Massenmedien.

**UND DAS IST UNSERE CHANCE!!!!!!**

# **Was können / müssen wir erreichen**

- 1. Die Politik immer wieder daran erinnern, welche Probleme wir haben**
- 2. Immer wieder in der Öffentlichkeit Zeichen setzen**
- 3. Wir müssen mit verschiedenen und neuen Gesichtern auftreten**
- 4. Strategien entwickeln die unser Probleme bekannter werden lassen**
- 5. Unsere Problem genauer definieren und auf wenige wichtige Punkte einschränken**

# **Angedacht haben wir folgende Punkte der Probleme:**

1. Variantenprüfung
2. Grundwasserproblematik und Bentonitbahnen
3. Geschiebespülung und Geschiebeablagerung in der Stauwurzel usw.
4. Wehrbetriebsordnung und Überflutung des Hinterlandes
5. Lärm- und Staubbelästigung wegen der Bauarbeiten (ca. 300 000 Lkw Transporte)
6. Lärm- und Staubbelästigung während der Betriebszeit  
(Lkw Transporte wegen Geschiebeabtransport)
7. Steuergeldverschwendungen
8. Verfahrensmängel (zbsp. falsche bzw. mangelnde Information der Bevölkerung)
9. Grundbedarf und die möglichen Zwangsmaßnahmen

# 1. Variantenprüfung

Wir werden uns die möglichen Varianten ansehen, die geprüft worden sind.

Vermutlich wird das das Kraftwerk bei Rietz sein, das nicht verwirklicht wurde.

Evt. werden Sie die Strombojen ansprechen, und erklären das es wegen der Wasserhöhe nicht funktionieren wird.....

Und bei der zu prüfenden Nullvarianten,  
werden sie mit fehlender Stromerzeugungsautarkie argumentieren

## **2. Grundwasserproblematik und Bentonitbahnen**

Da werden wir mit unserem Wissen und Erfahrung am meisten punkten

Denn da haben wir die meiste Erfahrung!!!

Dass die Bentonitbahnen, als Abdichtung nicht funktionieren

**WISSEN WIR!!!**

### **3. Geschiebespülung und Geschiebeablagerung in der Stauwurzel usw.**

Da werden wir mit unserem Wissen und Erfahrung auch punkten

Da jeder weiß, dass wenn sich der Fluss verlangsamt sich das Geschiebe absetzt,

Und wenn dann die Geschiebespülung nicht funktioniert, muss gebaggert werden

**Und das müssen wir entsprechend argumentieren.....**

## **5. Lärm- und Staubbelästigung wegen der Bauarbeiten (ca. 300 000 Lkw Transporte)**

## **6. Lärm- und Staubbelästigung während der Betriebszeit (Lkw Transporte wegen Geschiebeabtransport)**

Da werden wir mit Punkten,  
rund um das Thema Verkehrsimmissionen,  
argumentieren.

Und entsprechende Schutzzeiten, Verkehrskonzepte  
und vor allem Kontrollmechanismen,  
usw. einfordern.

# 7. Steuergeldverschwendung

Da werden wir das Wirtschaftlichkeitsgutachten erwähnen, und darauf hinweisen das es sich um öffentliches Geld handelt, und erwähnen das auch die zu erwartenden Sanierungskosten die positiven Erwartungen massiv verwässern werden

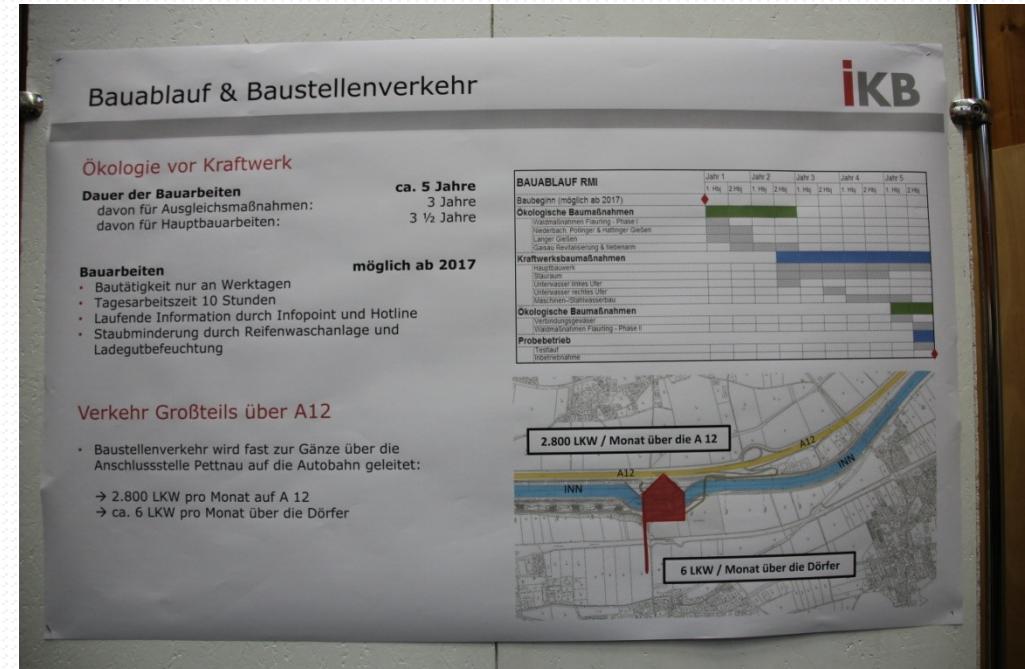
Ok --- das ist sicher ein Thema, das ausgeschieden wird  
Da es kein Punkt ist, der in der UVP zu behandeln ist, jedoch bei den Politikern nicht gerne gehört wird

## 8. Verfahrensmängel

### (zbsp. falsche bzw. mangelnde Information der Bevölkerung)

- Zbsp. werden wir da die Information der Anzahl der LKW Transporte erwähnen
- Wir haben 270 000 Transporte errechnet und die IKB hat dies bestätigt
- 2800 Lkw x 3,5 Jahre x 12 Monate ergeben „nur“

117.600 Touren



- Bei der Information am 27.3.14, waren es dann nur mehr ca. 120.000 Transporte

## 9. Grundbedarf und die möglichen Zwangsmäßigkeiten

Da wir wissen, dass die Bauern nicht verkaufen wollen, und das für eine Lebensmittelerzeugung in der Region, sicher ein größeres öffentliches Interesse besteht, als für einen unwirtschaftlichen, gefährlichen Kraftwerksbau.

***Damit haben wir eine gute Argumentationsgrundlage, die wir kommunizieren müssen!***

Ok --- das ist sicher ein Thema, das ausgeschieden wird da es kein Punkt ist, der in der UVP zu behandeln ist, **jedoch bei den Politikern Gehör finden wird**



Bürgerinitiative gegen den Bau des "Regionalkraftwerkes Mittlerer Inn"

# Einladung zur Mitwirkung und Diskussion

# Vielen Dank für Ihre



# Aufmerksamkeit